

## **Aus dem Gemeinderat vom 18.05.2017**

### **Im Rahmen einer Projektwoche wird ein Schulspielplatz gebaut**

Ende Juni dieses Jahres findet an der Schule eine Projektwoche statt, an der alle Schüler beteiligt sein werden. Im Rahmen dieser Projektwoche wird unter der Leitung von Marcus Rügamer ein Spielplatz gebaut. Die Schule selbst will darüber hinaus weitere Verschönerungen und Aufwertungen rund um das Schulgelände schaffen.

Hierzu gibt es insgesamt 10 Projektgruppen, und alle Schüler werden die Möglichkeit haben, einen halben Tag in dieser Woche an dem großen Spielplatz mit zu bauen. Die Schüler der 8. Klasse werden die gesamte Woche beim Spielplatzbau mitwirken.

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung wurde der Ablauf des Projekts von Schulleiter Rainer Iwansky und der Spielplatzbau selbst vom Bernsfelder Ortsvorsteher und Geschäftsführer des Wildparks Marcus Rügamer vorgestellt. Die einzelnen Spielmöglichkeiten wurden anhand eines Modells veranschaulicht. Schulleiter Iwansky erläuterte, dass an der Schule in den vergangenen Wochen und Monaten die Wünsche der Kinder erfragt und gesammelt wurden. Teilweise wurden auch Bilder von den Kindern gemalt, wie sie sich einen Spielplatz vorstellen. Diese Wünsche und Ideen der Kinder fanden Eingang in die Planung von Marcus Rügamer.

## **Bild**

Bürgermeister Menikheim sagte, die Notwendigkeit von weiteren Spielmöglichkeiten auf dem Schulgelände sei bereits im Zuge der Beratungen über den Umzug von der Schulstraße in die Erlenbachtalstraße klar gewesen. Deshalb habe man der Schulgemeinschaft bereits im vergangenen Herbst signalisiert, dass im Jahr 2017 die Situation verbessert wird. Zufrieden zeigte sich der Vorsitzende auch darüber, dass die ganze Schule bei diesem Projekt dabei ist und es zu ihrer eigenen Sache machen wird. Die Kosten beliefen sich auf 28.000 Euro und seien über den Spielplatzetat im Haushaltsjahr 2017 gesichert. Es werde aber ein Vielfaches dieser Kosten als Wert geschaffen, dies sei dadurch möglich, dass das Projekt mit Marcus Rügamer und viel Eigenleistung umgesetzt werden könne. Rainer Iwansky freute

sich darüber, dass auch etliche Eltern sich bereit erklärt haben, sowohl im Vorfeld bei der Vorbereitung (Entrinden und Entsplinten der Stämme) als auch bei der Projektwoche selbst mit zu arbeiten.

### **Satzung zum Bebauungsplan Erlenbachtalstraße West beschlossen**

Anlass des Bebauungsplanes ist, die baurechtlichen Voraussetzungen zum Bau eines neuen Pflegeheimes für psychisch kranke zu schaffen. Denn: dass das „Haus am Sonnenberg“ in der Erlenbachtalstraße 30 müsste nach der neuen Heimstättenverordnung bis zum Jahr 2019 grundlegend saniert werden. Die Betreiberin suchte allerdings aus wirtschaftlichen Gründen nach einem Neubaulandstandort. Hier habe sich mit dem Abriss der ehemaligen Jugendherberge dieses Grundstück in der unmittelbaren Nähe als Alternativfläche angeboten. Nach dem es sich bei diesem Bereich im Erlenbachtal baurechtlich um Außenbereich handelt, der nicht mit einem rechtskräftigen Bebauungsplan überplant ist, war es notwendig, Baurecht in Form eines Bebauungsplanes zu schaffen.

Im Zuge der Gemeinderatssitzung wurden nun die im Rahmen der öffentlichen Auslegung, welche im Februar und März 2017 durchgeführt wurde, eingegangenen Stellungnahmen behandelt und untereinander und gegeneinander abgewogen. Insbesondere wurde ein Einwand der benachbarten Kitzbergklinik thematisiert. Im Ergebnis kam das Gremium jedoch zur Auffassung, dass die Einwendungen der Aufstellung des Bebauungsplanes nicht entgegenstehen. Dies wurde gestützt durch die Stellungnahmen von Gesundheitsamt, Jugend- und Sozialamt sowie des Kreisbauamtes.

Schließlich wurde der Bebauungsplan selbst sowie die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Erlenbachtalstraße West“ vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Der Bebauungsplan wird nun dem Landratsamt zur Genehmigung vorgelegt und dann zu gegebener Zeit nach der Genehmigung durch Veröffentlichung rechtskräftig.

## **Kurz berichtet:**

Einem Bauantrag auf **Neubau eines Einfamilienhauses** in der Neugreutstraße in Igersheim stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Einer Befreiung von der Errichtung einer Zisterne wurde zugestimmt, weil das im Bebauungsplan geforderte Rückhaltevolumen über ein Retentionsdach mit sogenannten Mäanderplatten erreicht wird. Die Zustimmung erging allerdings unter der Voraussetzung, dass das Dach – wie bei den Mäanderplatten möglich – dann auch begrünt wird.

Der **Bildung von Haushaltsresten** im Rechnungsjahr 2016 in Höhe von 2,183 Mio. Euro stimmte der Gemeinderat ebenfalls einstimmig zu. Hierbei handelt es sich um veranschlagte Haushaltsmittel des Jahres 2016 für Vorhaben, die sich noch in der Ausführung befinden und noch nicht abgerechnet sind. Diese Mittel müssen formell in das Haushaltsjahr 2017 übertragen werden, damit sie in diesem Jahr zur Verfügung stehen.

Den **Jahresabschluss 2016** der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Gemeinde Igersheim mbH nahm der Gemeinderat zur Kenntnis. Eine entsprechende Veröffentlichung ist im amtlichen Teil dieses Gemeindeboten enthalten.

Die seit 15.02.2017 bei der Gemeinde beschäftigte Beamtin im gehobenen Verwaltungsdienst **Verena Bamberger** wurde vom Gemeinderat einstimmig zur **Eheschließungsstandesbeamtin** bestellt. Aufgrund Ihrer Ausbildung und Ihrer Persönlichkeit sei sie hierfür zweifelslos geeignet, zumal sie auch an einem Seminar für Eheschließungsstandesbeamte teilgenommen habe.

## **Satzung zur Änderung der Feuerwehr-Entschädigungssatzung beschlossen**

Von der Verwaltung wurde dem Gemeinderat bereits in einer früheren Sitzung berichtet, dass in der Vergangenheit von der Feuerwehr viele Dienste, Brandsicherheitswachen und Veranstaltungsabsicherungen vollständig ehrenamtlich ohne Entschädigung erbracht wurden. Dabei handelt es sich überwiegend um sogenannte Freiwilligkeitsaufgaben der Freiwilligen Feuerwehr und nicht um

Aufgaben nach dem Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg. Auslöser der Diskussionen waren im vergangenen Jahr eine Häufung von zeitintensiven Einsätzen. Der Gemeinderat hatte nun vor kurzem der Feuerwehr einen Vorschlag unterbreitet, welchem vom Feuerwehrausschuss einstimmig zugestimmt wurde. Im Gemeinderat stand nun noch die formelle Umsetzung, also der Beschluss einer entsprechenden Satzung, an, damit für die Entschädigung der Feuerwehrleute eine entsprechende Rechtsgrundlage besteht. Bürgermeister Menikheim zeigte sich froh, dass es zu einem Konsens gekommen sei, bei den Veranstaltungsabsicherungen für Umzüge (z.B. Fasching, St. Martin) kostenfrei bleiben können. Dies sei ein wichtiger Beitrag dazu, dass Traditionen weitergeführt werden können. Dafür gebühre der Freiwilligen Feuerwehr der Dank der Gemeinde und der Veranstalter, die in den Genuss dieser Regelungen kommen.

Des Weiteren wurden in die Satzung neue Entschädigungstatbestände für die Leiterin bzw. den Leiter der Kindergruppe sowie für die Reinigung der Feuerwehreinsatzkleidung eingefügt. Die entsprechende Satzung ist im amtlichen Teil diese Gemeindeboten abgedruckt.

Die Sitzung wurde anschließend nicht öffentlich fortgesetzt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am **01.06.2017** statt.